

## Protokoll Nr. 23 (2019-2023)

### der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 24.02.2022 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:15 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Beirat
- |                      |                         |
|----------------------|-------------------------|
| Songül Aslan         | Evelyne Augis           |
| Miriam Benz          | Dr. Christine Börner    |
| Christian Carstens   | Guhrun Eickelberg       |
| Wiebke Feuerhake     | York Golinski           |
| Dr. Vera Helling     | Sandor Herms Herms      |
| Klaus-Peter Land     | Jörn H. Linnertz        |
| Gabriele Schmidt     | Maria Schmidt           |
| Dr. Wolfgang Schober | Dr. Hans-Peter Volkmann |
- b) vom Ortsamt
- Ralf Möller  
Thomas Berger
- c) Gäste
- Thomas Knode (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)) zu TOP 2  
Thomas Kirpal (SKUMS), Maike Bohn (Amt für Straßen und Verkehr (ASV)), Lars Beulke (Grundschule Baumschulenweg), Insa Hogrefe und Julia Holz (Elternbeirat Grundschule am Baumschulenweg), Sebastian Stern (Allgemeiner Turn- und Sportverein Bremen 1860 e.V.), Lars Jansen (Großmarkt Bremen/ M3B GmbH) zu TOP 3

Angesichts des heutigen militärischen Überfalls Russlands auf die Ukraine legt der Beirat zunächst eine Schweigeminute ein.

Das Protokoll Nr. 22 der Beiratssitzung am 20.01.2022 wird auf Wunsch von Dr. Vera Helling geändert: Unter TOP 3 („Stellungnahme E-Ladesäulen“) soll der Absatz zur E-Ladesäule Elsasser Straße wie folgt lauten:

„Auf Vorschlag von Dr. Vera Helling verständigt sich der Beirat im Fall des Standorts Elsasser Straße einvernehmlich darauf, dass die Ladesäule möglichst nicht auf dem Fußweg stehen sollte, um den Fußverkehr nicht zu behindern.

Stattdessen sollen die Parkplätze in den davorliegenden, derzeit ungenutzten, schon asphaltierten Bereich verlegt werden. Der jetzige und dann ehemalige Parkplatz könne zukünftig als Baumstandort und Straßenbegleitgrün genutzt werden. Die Ladesäule könne in dem derzeitigen Parkplatzbereich bzw. im Straßenbegleitgrün errichtet werden.“

Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll genehmigt.

Anschließend wird die Tagesordnung wie vorgelegt genehmigt.

### **TOP 1: Bürger\*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

#### Mitteilungen der Beiratssprecherin

Guhrun Eickelberg verliest eine Erklärung zum russischen Angriff auf die Ukraine:

„Heute ist ein dunkler Tag für die Friedensordnung in Europa. Die Eskalation in der Ukraine hat sich schon länger angedeutet. Der russische Präsident Putin hat in der Nacht den Militäreinsatz in der Ukraine veranlasst. Der Beirat Schwachhausen verurteilt diesen Angriffskrieg scharf und erklärt sich solidarisch mit den Ukrainerinnen und Ukrainern.“

Die Beiratsmitglieder sind erschüttert und schließen sich dieser Erklärung einhellig an.

### Mitteilungen aus der Bevölkerung

Ein Anwohner aus der Wuppesahlstraße teilt mit, dass seit Wochen diese Stichstraße zugeparkt werde. Die Polizei und das Ordnungsamt seien inzwischen mehrfach vor Ort gewesen, um die Durchfahrt für Müllfahrzeuge zu gewährleisten. Ralf Raschkewitz als Leiter des Polizeireviers Schwachhausen werde kurzfristig einen Vorschlag zur Neuregelung der dortigen Parkordnung unterbreiten.

### Mitteilungen aus dem Beirat

Dr. Wolfgang Schober verweist auf einen vor wenigen Tagen ergangenen Beschluss des Verwaltungsgerichts Bremen, der die senatorischen Behörden dazu verpflichte, gegen illegales aufgesetztes Parken einzuschreiten.<sup>1</sup>

### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Herr Möller weist auf Folgendes hin:

- Am kommenden Montag werde sich der Fachausschuss „Umwelt und Klimaschutz“ mit den aktuellen Baumfällungen im Stadtteil, u.a. in der Georg-Gröning-Straße, und den erforderlichen Baumnachpflanzungen befassen;
- die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) habe positiv auf den Beschluss des Beirats in dessen Sitzung am 25.11.2021 zur Erhaltung des Ortsbilds reagiert.<sup>2</sup>

## **TOP 2: Grünflächenbudget 2022/ 23**

Ralf Möller erinnert eingangs daran, dass es am 31.01.2022 eine Videokonferenz für alle interessierten Beiratsmitglieder in Bremen gegeben habe, auf der SKUMS die an Umweltbetrieb Bremen (UBB) vergebenen Budgets vorgestellt habe. Hierzu zähle auch das Budget für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen.<sup>3</sup>

Anschließend stellt Thomas Knode an Hand einer Präsentation das Grünflächenbudget vor und führt u.a. aus:<sup>4</sup>

- Das Budget werde vier verschiedenen Haushaltsstellen entnommen, je zwei investiven und konsumtiven;
- der sog. Jahresauftrag umfasse alle Tätigkeiten, mit denen UBB beauftragt sei. Die „Flächenpflege ohne Reinigungskosten“ umfasse dabei das Budget, zu dem die Beiräte Stellung nehmen könnten, abgesehen von Maßnahmen, die der Verkehrssicherung dienen;
- für die Flächenpflege ohne Reinigungskosten ständen knapp 6 Mio. € für 370 Grünanlagen in Bremen zur Verfügung;
- von den Grünflächen befänden sich die meisten in Pflegestufe 3 (60-70%);
- Schwachhausen verfüge nur über wenige Grünanlagen, darunter sei die Anlage Nelson-Mandela-Park/ Gustav-Detjen-Park die größte;
- die Pflegestufen der Schwachhauser Grünflächen seien vergleichsweise hoch, dafür der Etat mit etwa € 83.000 gering;
- bei diesem Budget handele es sich nicht wirklich um ein Stadtteilbudget im Sinne des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter, weil sich den Beiräten kaum Gestaltungsspielraum biete. Das Budget gehe vollständig an UBB, um Personal und Maschinen zu finanzieren.

---

<sup>1</sup> Der Beschluss des VG Bremen ist gegenwärtig noch nicht online zugänglich. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) und der Senator für Inneres (SI) haben am 01.03.2022 entschieden, auf Grund der grundsätzlichen Bedeutung des Urteils gegen das Urteil vor dem Oberverwaltungsgericht in Berufung zu gehen.

<sup>2</sup> Das Antwortschreiben von SKUMS zum Beschluss des Beirats zu Erhaltungssatzungen aus dessen Sitzung am 25.11.2021 ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt. Siehe auch [Protokoll Nr. 20](#) der Beiratssitzung am 25.11.2021 sowie die Anlage [Antrag Grüne zu weiteren Erhaltungssatzungen in Schwachhausen](#).

<sup>3</sup> Den Beiratsmitgliedern ging vorab der Jahresauftrag von SKUMS an Umweltbetrieb Bremen (UBB) zu (siehe **Anlage 2a** zu diesem Protokoll), ebenso die Anlagen zum Jahresauftrag inkl. Pflegestufen und Tätigkeitsbeschreibungen (siehe **Anlage 2b** – gekürzte Fassung). Ebenso ging den Beiratsmitgliedern vorab die Präsentation von SKUMS zu, mit der am 31.01.2022 für alle interessierten Beiratsmitglieder in Bremen das Stadtteilbudget für die Grünpflege vorgestellt wurde (siehe **Anlage 2c**).

<sup>4</sup> Die Präsentation ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

Auf Nachfragen erwidert Thomas Knode:

- Die zuständige Abteilung melde zu den Haushaltsberatungen ein auskömmliches Budget an, erhalte nach Abschluss der Beratungen aber ein geringeres, mit dem dann die Grünanlagen gepflegt werden müssten;
- UBB versuche, das Beste für die Grünanlagen zu erreichen, könne aber mit der gegebenen finanziellen Ausstattung nicht mehr tun, als Grundlagen zu schaffen. Grenzen seien bspw. bei der Baumpflege gesetzt und bei der Anlage bzw. Pflege von Blühwiesen, die im Unterhalt deutlich kostspieliger seien;
- nicht alle Maßnahmen seien verkehrssichernd, Schnittmaßnahmen aber sehr wohl, sonst verfielen die Anlagen;
- die Bezeichnung mancher Grünanlagen sei in der Tat missverständlich und könnte gelegentlich geändert werden. Aber alle aufgeführten Grünanlagen befänden sich im Stadtteil;<sup>5</sup>
- das öffentlich zugängliche Außengelände des Focke Museums um Haus Riensberg werde historisch als „Außenanlage öffentliche Gebäude“ geführt und rechne bislang nicht zum Budget für die Pflege öffentlicher Grünanlagen. Eine Überführung sei erst zum Haushaltszeitraum 2024/ 25 möglich, brächte für diese Anlage aber ein höheres Budget. Sinnvoll sei hier eine Einstufung in Pflegestufe 2;
- der Budgetanschlag für den Ernst-Grohne-Weg sei zu gering. Hier müsse eine Höherstufung geprüft werden;
- das jetzige Budget ermögliche den Beiräten nicht wirklich eine Mitbestimmung. Deshalb sollte die Einrichtung eines weiteren Budgets, das den Beiräten tatsächliche Beteiligungsrechte ermögliche, aufgelegt werden.

Gudrun Eickelberg bemängelt den Zustand des öffentlich zugänglichen Teils des Außengeländes des Focke Museums. Die Wege befänden sich in einem katastrophalen Zustand. In ähnlicher Weise beschwert sich Klaus-Peter Land über den Zustand des Ernst-Grohne-Wegs.

Dr. Vera Helling regt an, auch den nicht-öffentlichen Teil des Außengeländes des Focke Museums öffentlich zugänglich zu machen und damit ebenfalls als Grünanlage mit entsprechendem Budget einzustufen. Sie habe Zweifel, ob alle Tätigkeiten, die gemeinhin zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit gerechnet würden, wie z.B. Rasenpflege, Laub aufnehmen, Sträucher schneiden, tatsächlich als „verkehrssicherheitsrelevant“ zu deklarieren sei. Das bislang veranschlagte Budget müsse dringend erhöht werden. Es seien mehr Mittel für eine bessere Baumpflege, für Maßnahmen, die die Biodiversität beförderten, und für die Anpflanzung weiterer Sträucher nötig. Wie UBB die zugewiesenen Mittel verwende, müsse offengelegt werden.

Jörn H. Linnertz bemängelt, dass das Budget zu gering bemessen sei. Eigentlich bestehe eine Unterversorgung, womit auch die Beteiligungsrechte des Beirats ins Leere liefen.

Ralf Möller regt an, den Zugang der Beiratsmitglieder und des Ortsamts zum Grünflächeninformationssystem (GRIS) zu prüfen, um diesen eine räumliche Zuordnung der Kostenträger/Objektliste zu ermöglichen.

Thomas Knode sagt diese Prüfung zu.

Abschließend verständigt sich der Beirat auf Vorschlag von Ralf Möller darauf, heute keine Stellungnahme abzugeben, sondern im Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ zunächst das weitere Vorgehen abzustimmen.

### **TOP 3: Verkehrsregelung Baumschulenweg**

Ralf Möller weist darauf hin, dass sich bereits der Fachausschuss „Verkehr“ mit der Problematik befasst habe.<sup>6</sup> Der Fachausschuss habe weiteren Klärungsbedarf gesehen, deshalb seien heute weitere Gäste geladen, um den Sachverhalt zu beleuchten.

Zunächst stellt Klaus-Peter Land fest, dass der Beirat in der zurückliegenden Legislaturperiode

---

<sup>5</sup> Die aufgeführte Grünanlage „Fohlenweide“ befindet sich westlich des Bürgerparks auf der Höhe von Weidedamm III. Die Grünanlage „Anleger Universum“ befindet sich nördlich des Wetterungswegs am Kuhgrabenweg.

<sup>6</sup> Der Sachverhalt wurde bereits in der letzten Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ thematisiert, siehe [Protokoll Nr. 15](#) (TOP 4).

vorgesehen habe, den Straßenraum vor dem Eingang der Grundschule Baumschulenweg nach Abschluss der gegenwärtigen Umbaumaßnahmen auf dem Gelände der Schule weiter zu verengen. Eine gemeinsame Aktion von Schulkollegium und Elternschaft im Dezember 2021 habe jedoch deutlich gemacht, dass die Verkehrssituation selbst mit Tempo 10 nicht entspannt sei. Die „Schulstraße“, also die zeitweise Sperrung des Baumschulenwegs zu Beginn und zu Ende der Schulzeit, sei ein geeignetes Instrument, um Gefährdungen zu verringern. Hierzu habe die Fraktion der Grünen einen nochmals überarbeiteten Antrag vorgelegt.<sup>7</sup>

Dr. Hans-Peter Volkmann erwidert, dass sich die CDU-Fraktion diesem Vorschlag nicht anschließen werde. Bereits vor einigen Jahren sei derselbe Vorschlag unterbreitet worden. Damals habe der Beirat nach Rücksprache mit der Polizei und dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) vom dem Vorhaben Abstand genommen, weil es offensichtlich Folgeprobleme gebe, die die Gesamtsituation verschärften. An dieser Einschätzung habe sich nichts geändert.

Aus der Sicht des ASV, so Maike Bohn, sei die verkehrliche Situation vor dem Eingang der Grundschule durch die relativ langgestreckte Hochpflasterung bereits entschärft. Die Straße sei hier eingeeengt und Begegnungsverkehr nicht möglich. Eine zusätzliche Beschilderung mache darauf aufmerksam, dass hier Schulkinder verkehrten. Außerdem habe das örtliche Polizeirevier zusammen mit den Schulkindern gelbe Füße aufgebracht, um die Schulwege zu verdeutlichen. Im Rahmen der geltenden Straßenverkehrsordnung (StVO) sei eine zeitweise Sperrung des Baumschulenwegs nicht möglich. Sollte dies trotzdem beabsichtigt sein, müsste die Maßnahme zunächst rechtlich geprüft werden. Sicherlich seien aber auch weitere Maßnahmen zur Schulwegsicherung denkbar.

Thomas Kirpal ergänzt, dass SKUMS die beschriebene Situation auch von anderen Schulen bekannt sei. SKUMS begrüße die Initiative der Eltern, doch werde die geschilderte Situation bislang anders eingeschätzt. Zu Beginn eines neuen Schuljahrs träten die dargelegten Probleme vermehrt auf, um im weiteren Verlauf des Schuljahrs dann abzuklingen. SKUMS nehme sich der angeregten Sperrung der Straße gerne an, prüfe die rechtlichen Rahmenbedingungen und erhebe weitere Rahmendaten (bspw. die Zahl der verkehrenden Kfz), um die Problematik besser einschätzen zu können.

Lars Beulke kann aus seiner Sicht diese Einschätzung nicht teilen. Die Hochpflasterung sei eingeeengt, trotzdem begegneten sich Fahrzeuge. Es werde auf der Hochpflasterung und in benachbarten Grundstückseinfahrten geparkt. Die Situation werde dadurch sehr unübersichtlich und gefährlich. Dies gelte insbesondere nachmittags, wenn 400 ermüdete Kinder die Schule gleichzeitig in die verschiedensten Richtungen verließen und dem Verkehr keine ausreichende Aufmerksamkeit mehr schenken könnten. Eine zeitweise Sperrung der Straße behinderte nur wenige. Der Kfz-Verkehr könne auch über die Thomas-Mann- und Busestraße abfließen.

Eine Anwohnerin teilt stellvertretend für die Anwohnerschaft mit, dass sich diese eine versuchsweise Sperrung vorstellen könne. Sie könne die Schilderung, dass die Grundstückszufahrten v.a. nachmittags zugeparkt seien, bestätigen. Hinzu komme ein Schleichverkehr, der zunächst die Baustelle im Schwachhauser Ring (Kanalsanierung) umgehen wollte und jetzt die Baustelle auf Grund des Baus der Fernwärmetrasse umfahren wolle. Aus Sicht der Anwohner\*innen sei auch eine Anliegerstraße denkbar.

Ein weiterer Anwohner bestätigt, dass die mit der Hochpflasterung verbundene Einengung der Straße weiterhin Begegnungsverkehr zulasse. Die Durchfahrt müsse folglich schmaler angelegt werden, als Höchstgeschwindigkeit sollten allenfalls 30 km/h zulässig sein.

Ein weiterer Anwohner regt an, über die Einrichtung einer Einbahnstraße nachzudenken. Die gegenwärtige Baustelle mit rangierenden Baustellenfahrzeugen habe die Situation verschärft, so dass den zu Fuß Gehenden selbst auf dem Fußweg Kfz begegneten. Er schließe eine zeitweise Sperrung der Straße nicht aus, halte aber auch andere, pragmatischere Lösungen für denkbar. Insbesondere vermisse er die Polizei, die hier regelmäßig kontrollieren könnte.

Ralph Saxe (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (MdBBü)) macht deutlich, dass der geltende Verkehrsentwicklungsplan (VEP 2025) zeitweise Sperrungen vor Schulen vorsehe. Der VEP sei in der Bremischen Bürgerschaft fraktionsübergreifend beschlossen worden. Ähnliche Beschlüsse

---

<sup>7</sup> Der Antrag der Grünen ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

wie heute vorgeschlagen gebe es bereits von den Beiräten Walle und Burglesum. Tatsächlich biete die StVO keine Rechtsgrundlage für derartige Straßensperrungen, die StVO ermögliche aber Verkehrsversuche. Er könne aus eigener Erfahrung die Schilderung von Lars Beulke bestätigen, dass zu Schulbeginn und -schluss die Situation vor der Schule sehr gefährlich sei. Deshalb appelliere er an den Beirat, sich auf einen Pilotversuch einzulassen.

Insa Hogrefe berichtet, dass sie die Situation vor der Schule nun seit sieben Jahren erlebe. Die Schüler\*innen seien auf Grund ihres Alters von der Verkehrssituation überfordert, v.a. zum Ende des täglichen Schulbetriebs. Die Hochpflasterung bremse die Geschwindigkeit des Verkehrs anders als beabsichtigt nicht ab. In Rede stehe eine zweimalige Sperrung an Schultagen von jeweils max. 30 Minuten gegen 8 und 16 Uhr. Von einer Sperrung wäre der benachbarte Sportverein allenfalls nachmittags betroffen.

Julia Holz begrüßt den Pilotversuch. Viele Schüler\*innen könnten eigentlich allein zur Schule gehen, aber die verkehrliche Situation vor der Schule lasse dies nicht zu. Der Pilotversuch müsse gut kommuniziert und ausgewertet werden. Aus ihrer Sicht würde damit auch der benachbarte Turnverein gewinnen.

Sebastian Stern geht davon aus, dass mit der Hochpflasterung, der Einengung und der Beschilderung bereits eine gute Situation erreicht worden sei. Bremen 1860 wäre von einer Sperrung um 8 Uhr nicht sonderlich betroffen, um 16 Uhr hätten aber bereits Sportangebote begonnen. Bei einer zeitweisen Sperrung der Straße befürchte er, dass die Schulkinder stattdessen in der Thomas-Mann-Straße und an der H.-H.-Meier-Allee aus dem Kfz gelassen bzw. abgeholt würden. Er befürworte eine gemeinsame Lösung, bspw. sei es denkbar, einen Parkplatz des Sportvereins als Ort zum Bringen und Abholen zu vereinbaren.

Weitere Vertreter\*innen des Vereins Bremen 1860 sehen eine zeitweise Sperrung als vollkommen ungeeignete Maßnahme an, im Gegensatz zu einer Anliegerstraße. Diese verhindere aber nicht die Abholverkehre. Eine Sperrung würde Bremen 1860 mit dem Fitnessstudio und den Angeboten zur Rehabilitation beeinträchtigen und darüber hinaus die zwei benachbarten Tennisvereine. Eine Sperrung verlagerte den Verkehr in die umliegenden Straßen, in denen kein Begegnungsverkehr möglich sei. Die Laufwege der Kinder würden dadurch nicht unproblematischer. Die Nutzer\*innen der Reha-Angebote seien zudem auf das eigene Kfz angewiesen.

Dr. Christine Börner zeigt sich erstaunt, dass Eltern von Schulkinder eine Situation regeln wollten, die durch Eltern verursacht werde. Sie stelle sich die Frage, warum die Eltern nicht die Parkplätze beim Sportverein oder vor dem Getränkeabholmarkt nutzten, um ihre Kinder abzuholen bzw. zu bringen. Eine Sperrung der Straße sehe sie als überzogen an.

Er sei hin- und hergerissen, berichtet Dr. Wolfgang Schober, ob ein Modellversuch hilfreich sei. Überwiegend verursachten die Elterntaxis das Chaos vor der Schule. Wenn es keine andere Lösung gebe und keine Argumente nachdrücklich dagegen sprächen, entscheide er sich für den Modellversuch.

Gabriele Schmidt schließt sich der Schlussfolgerung von Dr. Schober an. Es sei ihr unverständlich, dass Kinder mit dem Kfz zur Schule gebracht würden, anstatt dass die Kinder zu Fuß gingen oder Roller oder Rad benutzten. Unklar sei ihr, wie hoch das Verkehrsaufkommen insgesamt sei und wie viele „Elterntaxis“ darunter seien. Auch lasse sich bislang nicht einschätzen, wie sich die geplante Sperrung auf den Sportverein auswirke und was es zur Folge hätte, wenn die Schulkinder bereits an der H.-H.-Meier-Allee aussteigen müssten.

Klaus-Peter Land geht davon aus, dass die meisten Schulkinder tatsächlich zu Fuß zur Schule kommen. Trotzdem gebe es Elterntaxis, von denen an dieser Örtlichkeit eine besondere Gefahr ausgehe. Er halte eine zeitweise Sperrung für eine zumutbare Einschränkung an Schultagen und er schlage vor, den vorliegenden Antrag heute auf den Weg zu bringen.

Christian Carstens stellt fest, dass es keine klaren Entscheidungsvoraussetzungen gebe. Deshalb sei ein Modellversuch zwingend, der anschließend ausgewertet werden müsse. Der Vorschlag der Anwohner\*innen, eine Anliegerstraße einzurichten, sollte berücksichtigt werden.

Insa Hogrefe berichtet, dass seit vielen Jahren versucht werde, die Eltern aufzuklären, damit die Schulkinder zu Fuß zur Schule gehen dürften. Viele Eltern ließen sich überzeugen und ein gewisser Anteil leider nicht, von deren Kfz aber eine besondere Gefahr ausgehe. Hinzu komme der geschilderte Durchgangsverkehr.

Lars Jansen äußert keine größeren Bedenken. Der Wochenmarkt finde freitags zwischen 8 und 13 statt, die Marktbetreiber\*innen führen den Markt über die H.-H.-Meier-Allee an. Sollte die Straße ab dem Getränkemarkt gesperrt werden, wirke sich das nicht auf den Wochenmarkt aus. Anders verhalte es sich, wenn die Eltern den Platz des Wochenmarkts zum Bringen und Abholen nutzen wollten.

Lars Beulke erwidert, dass die Gefährdung der Kinder bei einer Sperrung geringer sei, weil sich die Kinder auf einer größeren Fläche verteilen. Die Vereine wären trotzdem gut zu erreichen. Allerdings sehe auch er die Laufwege der Kinder in die Busestraße als kritisch an, weil die Straßenquerungen nicht sicher seien. Die Schule versuche immer, auf die Eltern einzuwirken. Was er vermehrt feststelle, seien Paket- und Lieferdienste, die zum Teil mit deutlich zu hoher Geschwindigkeit unterwegs seien.

Dr. Hans-Peter Volkmann geht davon aus, dass mit einer Sperrung die Probleme zunehmen. Bei zu schnell fahrenden Lieferverkehren sehe er in erster Linie ein Überwachungsproblem. Dem ließe sich mit der Aufstellung einer Geschwindigkeitsmesstafel oder mit einem „Blitzer“ begegnen. Die Straße müsse verstärkt überwacht und Fehlverhalten geahndet werden. Außerdem könnten auch Schülerlots\*innen eingesetzt werden.

Jörn H. Linnertz unterstützt diese Sichtweise. Die vorgeschlagene Straßensperrung sei rechtlich umstritten und werde die Elterntaxis nicht beseitigen. Eine Evaluierung der Situation sei durchaus notwendig, aber in erster Linie sehe er ein Defizit bei der Ahndung von Verkehrsverstößen.

Die Polizei sei vor Ort präsent und ermahne Verkehrsteilnehmer\*innen, stellt Julia Holz fest. Schülerlots\*innen könnten erst ab einem Alter von 13 Jahren eingesetzt werden.

Ralf Raschkewitz (Leiter des Polizeireviers Schwachhausen) teilt mit, dass der Baumschulenweg ein Schwerpunkt der Polizeitätigkeit im Stadtteil sei. Allerdings stehe ihm im Augenblick nur eine Kontaktbeamtin zur Verfügung. Er könne bestätigen, dass einige im Baumschulenweg „sehr zügig“ unterwegs seien. Außerdem gebe es Schleichverkehre. Die Zahl der Elterntaxis könne er nicht quantifizieren, er gehe aber von einem Anteil von etwa 10% des Verkehrs aus. Auf Ansprache reagierten die Meisten einsichtig. Der Vorschlag, eine Einbahnstraße einzurichten, halte er für zielführend, dann gäbe es keinen Begegnungsverkehr mehr. In einer zeitweisen Sperrung sehe er jedoch keine Lösung, denn dann käme es vor den Absperrungen zu Wendemanövern, die weitere Gefährdungen auslösten.

Maike Bohn stellt eine Verkehrszählung in Aussicht. Damit ließe sich ermitteln, von welchen Verkehrszahlen auszugehen und mit welchen Verdrängungsverkehren zu rechnen wäre. Eine Einbahnstraße würde den Verkehr auf eine Fahrtrichtung beschränken, aber andererseits den Verkehr erfahrungsgemäß auch beschleunigen.

Thomas Kirpal sagt zu, das Anliegen als Prüfauftrag mitzunehmen und die Vor- und Nachteile einer zeitweisen Sperrung zu klären.

Ralf Raschkewitz zieht die Aussagekraft einer Verkehrszählung angesichts der anhaltenden Baustelle auf der H.-H.-Meier-Allee in Zweifel.

Auf Nachfrage von Ralf Möller hält Klaus-Peter Land den Antrag der Grünen aufrecht. Er beinhalte auch eine Evaluation der beabsichtigten Sperrung und liefere damit das erwünschte Datenmaterial.

Ralf Möller lässt über den Antrag abstimmen: Der Beirat nimmt ihn mit 10 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung an.

#### **TOP 4: Trägerbeteiligung Flächennutzungsplanänderung (FNP)**

Ralf Möller stellt zunächst fest, dass die geplante Änderung des Flächennutzungsplans aus dem von der Bremischen Bürgerschaft beschlossenen Zentren- und Nahversorgungskonzept folge.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Das Zentren- und Nahversorgungskonzept und dessen geplante Änderungen wurden in der Beiratssitzung am 27.02.2020 vorgestellt, siehe [Protokoll Nr. 6](#) sowie die Anlagen [Anschreiben Zentren- und Nahversorgungskonzept](#), [Präsentation Zentren- und Nahversorgungskonzept](#) und [Fortschreibung ZNK-Gutachten](#). In dieser Sitzung kam der Beirat zu folgendem Beschluss:

„Der Beirat spricht sich dafür aus, dass der Bereich H.-H.-Meier-Allee/ Emmaplatz weiterhin als Nahversorgungszentrum definiert und von einer Herabstufung abgesehen wird. Der gemäß Konzept „besondere Nahversorgungsstandort“ Kulen-

Anschließend schildert er die geplante Änderung des Flächennutzungsplans.<sup>9</sup> Sie beziehe sich auf die Wachmannstraße, den Emmaplatz und den Bereich Schwachhauser Heerstraße/ Kirchbachstraße. Die weitreichendste Änderung betreffe den Emmaplatz, dieser solle nicht mehr als zentraler Nahversorgungsbereich ausgewiesen werden.

Der Beirat werde zur geplanten Änderung des FNP um eine Stellungnahme gebeten. Hierzu liege ein Antrag der Grünen vor.<sup>10</sup>

Klaus-Peter Land stellt den Antrag seiner Fraktion vor. Angesichts der geplanten Herabstufung des Nahversorgungsbereichs Emmaplatz sollte der Beirat seine Stellungnahme vom 27.02.2020 erneuern. Im Gegenteil müsse eine Entwicklung dieses Bereichs sichergestellt werden.

Ralf Möller lässt über den vorliegenden Antrag abstimmen. Der Beirat nimmt ihn bei einer Enthaltung (Linke) einstimmig an.

## **TOP 5: Ergänzung der Geschäftsordnung des Beirats**

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

## **TOP 6: Verschiedenes**

Wiebke Feuerhake teilt mit, dass sie aus gesundheitlichen Gründen nach der heutigen Sitzung ihr Mandat niederlegen werde. Sie bedanke sich für die gute Zusammenarbeit.

Ralf Möller weist darauf hin, dass die nächste Beiratssitzung am Donnerstag, 24.03.2022, 19.30 Uhr, und die nächste Sitzung des Fachausschusses „Globalmittel, Koordination und Prävention“ am Montag, 14.03.2022, 18 Uhr, stattfinden werde.

Sprecherin

Vorsitzender

Protokoll

Eickelberg

Möller

Berger

---

kampffallee ist Teil des Nahversorgungszentrums H.-H.-Meier-Allee/ Emmaplatz. Trotz der dazwischenliegenden Wohnbebauung muss die gesamte Achse betrachtet werden. In diesem Kontext weist der Beirat auf die gute Fahrraderreichbarkeit und die hohe Nutzung des Fahrrads im Stadtteil hin. Die gewählten Kriterien des Konzepts bilden nicht die Realität ab. Zudem sollte das Nahversorgungszentrum Schwachhauser Heerstraße um den Bereich Kirchbachstraße zwischen Schwachhauser Heerstraße und Kurfürstenallee ergänzt werden, dessen Ladenzeilen ebenfalls zu dem Nahversorgungszentrum gehören. Damit kann dem Stadtteil mehr Entwicklungspotential ermöglicht werden.“

<sup>9</sup> Die Begründung zur Änderung des FNP ist als **Anlage 5a** diesem Protokoll angefügt, Ausschnitte aus dem alten und dem neuen FNP samt Legende als **Anlage 5b**.

<sup>10</sup> Der Antrag ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.